Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933
1927

11.11.1927 (No. 263)

Visual Library

№ 263 Freitag, den 11. November 1927 170. Jahrgang

Expedition: Karlfriedrichstraße Nr. 14 Fernsprecher: Nr. 953 und 954 Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 3515

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsanzeiger: Chefredakteur C. Amend, Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3.— RM. einschl. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pfg. — Samstags 15 Pfg. — Anzeigengebühr 14 Pfg. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tariffester Rabatt, der als Kassenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlfriedrichstraße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Beitreibung, und Konkursverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Aussperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfange oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsschluß erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags

Amtlicher Teil

Konsularische Vertretung Panamas

Der zum Generalkonsul von Panama in Hamburg ernannte Luis F. Estenoz ist zur Ausübung konsularischer Amtshandlungen in Baden zugelassen worden.

Der Reichsfinanzminister über das Steuervereinheitlichungsgesetz

VDZ. **Berlin**, 11. Nov. (Tel.)

Im Plenarsaal des Reichstages fand heute der 4. **Preußische Landgemeindetag** statt, an dem u. a. auch Reichsfinanzminister Dr. **Köhler**, Reichsinnenminister **v. Keudell**, Reichsernährungsminister **Schiele** und der preußische Innenminister teilnahmen. Nach der Begrüßungsansprache von Bürgermeister **Lange**-Weißwasser überbrachte Reichsinnenminister Dr. **v. Keudell** die Grüße der Reichsregierung. Gegenüber dem immer wieder neuen Heranstürmen gewaltiger Aufgaben und schwierigster Probleme sei es geschichtliche Aufgabe, eine wirklich unabhängige, uneigennützige, sachliche, das Politische auch einmal in den Hintergrund treten lassende **Selbstverwaltung** unserem Vaterlande zu erhalten. Der preußische Innenminister **Grzesinski** überbrachte dann die Grüße der preußischen Regierung, worauf Reichsfinanzminister Dr. **Köhler** das Wort zum Hauptvortrag des Tages über

„Steuervereinheitlichungsgesetz und Besoldungsreform"

nahm.

Der Minister ging zunächst auf die Entwicklung der **Finanzgesetzgebung im Reiche, in Ländern und Gemeinden** ein, die geleitet worden sei durch die Notwendigkeit, dem durch den Versailler Vertrag schwer belasteten Reiche weitere Einnahmequellen zu verschaffen. So sei es zu der Trennung gekommen, daß dem Reich die Einkommensteuer-, Vermögens- und Körperschaftssteuer überlassen wurde, während die Realsteuern und die Hauszinssteuer den Ländern und Gemeinden bleiben. Trotz der Vereinheitlichung der Bewertungsgrundsätze herrsche, aber bei den Realsteuern noch eine erstaunliche **Buntscheckigkeit**. Die gleiche Verschiedenartigkeit zeige sich auch bei der Gewerbesteuer und bei der Hauszinssteuer. Darum hat die Finanzausgleichsnovelle bestimmt, daß ein **Steuervereinheitlichungsgesetz** vorgelegt werden soll. Was durch die Verschiedenartigkeit der Verhältnisse bei den Ländern gerechtfertigt ist, muß bleiben. An einer öden Uniformierung hat keiner ein Interesse. Verschiedenheiten aber, deren Angleichung ohne Gefährdung der Interessen der Länder und Gemeinden möglich ist, müssen verschwinden.

Bei den Dawesverhandlungen hat die Frage nach der **Gesamtsteuerbelastung** Deutschlands eine große Rolle gespielt. Deutschland braucht vor einem Vergleich der Belastung seiner Bürger mit derjenigen eines jeden anderen Landes der Welt nicht zurückschrecken. Die steuerliche Belastung der deutschen Bürger erreicht **das äußerste Maß** dessen, was einem durch einen langen Krieg und durch die Lasten des Versailler Vertrages geschwächten Volke zugemutet werden kann. Es ist natürlich einseitig, lediglich vom Abbau der Lasten zu reden. Wir müssen auch an eine **Beschränkung der Ausgaben denken.**

Der Minister erinnerte daran, daß der Gesetzentwurf aus vier Gesetzen besteht: Grundsteuerrahmengesetz, Gewerbesteuerrahmengesetz, Gebäudeentschuldungsgesetz und einem Gesetz über die Anpassung des ganzen Steuerverfahrens. Die Gesetze sind organisch miteinander verbunden. Sowohl die **Grundsteuer** als auch die Gewerbesteuer haben ihren Charakter als Landessteuer durchaus behalten. Die Länder und Gemeinden sollen durchaus frei und unabhängig vom Reiche die Höhe der Steuertarife festsetzen können. Sie haben im weitesten Umfange die Möglichkeit der Angleichung an die bestehenden besonderen Verhältnisse. Selbstverständlich **muß es das Ziel sein auch die Realsteuern möglichst nach dem Gewinn zu zahlen, denn keine Steuer kann auf die Dauer aus dem Vermögen gezahlt werden. Für die Grundsteuer soll künftig lediglich die Abstellung auf den Wert in Betracht kommen, wobei ein Einheitswert für das ganze Reich zugrunde gelegt werden soll. Im übrigen mußte ein scharfer Trennungsstrich zwischen Grund- und Gewerbesteuer gezogen werden. Die Forderung der Wirtschaft, auch für die Grundsteuer die Abzugsfähigkeit von Schulden zuzulassen, mußte abgelehnt werden, weil sonst der Charakter der Realsteuer verwischt worden wäre.**

Man hat mir vorgeworfen, ich wollte alle Länder und Gemeinden unter die Knute des Reichsfinanzministeriums bringen. Derartige diktatorische Gelüste habe ich nicht, und wenn ich sie hätte, könnte ich sie nicht durchführen. Es ist auch die Meinung geäußert worden, daß nunmehr das Reich von allen Ländern und Gemeinden eine 20prozentige Absenkung der Realsteuern verlange. Davon kann keine Rede sein. Eine schematische Absenkung um 20 Proz. würde gegenwärtig zu unerträglichen Zuständen führen. Als Ziel, das in absehbarer Zeit zu erstreben ist, betrachtet die Reichsregierung allerdings eine **gewisse Senkung sämtlicher Steuern** und **damit auch der Realsteuern** (Beifall). Dieses Ziel kann nach unserer Meinung tatsächlich erreicht werden. Der Grundsatz der Sparsamkeit muß noch viel weiter als bisher in der Verwaltung von Reich, Ländern und Gemeinden durchgeführt werden.

Die Verwaltung braucht deswegen nicht schlechter zu werden. Die von mir vorgeschlagenen **Vereinheitlichungen** scheinen mir **das Mindeste** darzustellen, was unser Volk in seiner schwierigen Gesamtlage verlangen kann. Der sogenannte **Einheitssteuerbescheid** ist leider zunächst gefallen. Ich hoffe aber, daß dieser Gedanke sich doch einmal durchsetzen wird. Einstweilen hatte ich nahezu eine Einheitsfront sämtlicher Länder gegen mich.

Daß mit diesem Entwurf — so fuhr Köhler fort — **nicht etwa staatspolitische Zwecke verfolgt** werden, ist selbstverständlich. Ich sage das mit besonderem Nachdruck, weil behauptet worden ist, ich beabsichtige, mit dem Entwurf in Wirklichkeit die deutschen Länder aufzuheben. Das sind aber Dinge, die auf ganz anderem Gebiete liegen, über die ich gegenwärtig nicht spreche, obwohl vielleicht vom Standpunkt des Reichsfinanzministers manches dazu zu sagen wäre. Ich hege die Hoffnung, daß der Entwurf eine Gestaltung erhält, von der wir sagen können, sie ist wieder ein Schritt weiter auf dem Gebiet der Vereinheitlichung des Steuerrechts und des Steuerverfahrens.

Berliner Tagesbericht

(Eigener Bericht der „Karlsruher Zeitung")

Die Parteien und der Einheitsstaat

M. **Berlin**, 11. Nov. (Priv.-Tel.).

Über die gestrigen Besprechungen der beiden Zentrumsfraktionen des Reichstages und des preußischen Landtags sind mancherlei Mitteilungen veröffentlicht worden, die offensichtlich nicht zutreffen. Maßgebend sind jedenfalls die Behauptungen der „Germania", die als offiziös zu gelten haben. Danach ist

die Besoldungsreform

überhaupt nicht erörtert worden, sondern dürfte erst in weiteren Besprechungen beraten werden. Man nimmt aber an, daß die Einigung sich in der Linie vollziehen wird, die wir schon angedeutet haben, nämlich daß der linke Flügel nachgibt und die Besoldungsreform, so wie sie die Reichsregierung in ihrem Entwurf vorgeschlagen hat, Gesetz wird. Einige Abänderungen werden als möglich bezeichnet, betreffen aber nicht die unteren Beamtenklassen.

Das eigentliche Thema ist gestern

das Verhältnis zwischen Reich und Ländern

gewesen. Die „Germania" bemerkt dazu, daß das Zentrum seine föderalistische Stellung wahren werde, auch bei den Auseinandersetzungen, die noch in der nächsten Zeit stattfinden müssen. Da aber der Abgeordnete Erfing in der „Germania" selbst einen Artikel veröffentlicht hat, der eine andere Richtung einschlägt und eine Verwaltungsreform im nichtföderalistischen Sinn befürwortet, da ferner die „Germania" selbst mitteilt, daß die Beratungen noch nicht zum Abschluß gebracht werden konnten, sind im Zentrum die Auseinandersetzung über diese Frage noch nicht entschieden.

Die übrigen Parteien

nehmen erst in den nächsten Tagen Stellung zu den verschiedenen Fragen. Jedoch trat bereits heute mittag der Reichsausschuß der Deutschen Volkspartei unter Vorsitz Stresemanns zusammen. Zunächst hielt der Abg. Dr. Leidig ein ausführliches Referat zum Thema „Reich und Länder", an das sich eine Aussprache anschließen soll. In Braunschweig will man sich ausschließlich mit dem Schulgesetz befassen. Man kann jetzt schon sagen, daß die Angriffe gegen Dr. Köhler als abgeschlagen betrachtet werden müssen. Auch die deutschnationalen Blätter von heute früh zeigen, daß Köhlers Stellung weiter gesichert ist. Im übrigen finden heute weitere interfraktionelle Besprechungen in Gegenwart des Reichskanzlers statt.

Der französisch-jugoslawische Vertrag

Heute, am Gedenktag des Waffenstillstandes, wird in Paris der französisch-jugoslawische Vertrag unterzeichnet.

Sein Inhalt ist nach Blättermeldungen weitgehender als der offizielle Vertragstext festlegt. Südslawien werden militärische Vorbereitungen für einen eventuellen **Konflikt mit** dem Faschismus auferlegt. Frankreich hat Südslawien dazu einen fast unbeschränkten Rüstungskredit eingeräumt. Aus Paris wird gemeldet, daß der Vertrag für zehn Jahre abgeschlossen wird. Der Vertrag begnüge sich damit, die Zusammenarbeit der kontrahierenden Parteien festzustellen, ohne zu präzisieren, welchen Charakter sie haben kann. Ebenso wie der französisch-rumänische Vertrag hatte dieser Vertrag eine evtl. **Revanche Ungarns** im Auge, während die französisch-polnischen und französisch-tschechoslowakischen Abkommen auf eine evtl. **deutsche Revanche** abzielen. **Vor allem** richtet sich aber der Vertrag gegen **Italien.** Die italienische Presse polemisiert mit einem mehr bedauernden Ton gegen Paris und einem mehr aggressiven gegen Belgrad. Auch die englische Presse nimmt eine kritische Stellung zu der Bedeutung des Abkommens ein, aus der hervorgeht, daß man in England keineswegs mit allen Punkten der Vereinbarungen übereinstimmt. Dieser Vertrag erweise sich insbesondere nach dem italienischen Flottenbesuch vor Tanger, als gegen Italien gerichtet. Für die weitere Zukunft gesehen enthalte der Art. 3 die vorzeitige Abmachung, die mögliche **Vereinigung Österreichs mit Deutschland** zu verhindern, womit dem Völkerbund vorgegriffen würde. Eine Annäherung Italiens an Ungarn und Bulgarien sei nunmehr unvermeidlich, und es bestehe die Möglichkeit, daß der Vertrag auch eine italienisch-deutsche Annäherung zur Folge habe. Soweit England in Betracht komme, habe sich die Richtigkeit der englischen Politik erwiesen, sich von weiteren Verpflichtungen in Europa, wie z. B. einer Garantie der Südostgrenzen, fernzuhalten.

Wirtschaftliche Umschau

Das **Memorandum des Reparationsagenten** ist eine Kritik an der deutschen öffentlichen Finanzgebarung, mit der er in **zweifacher Hinsicht** unzufrieden ist.

Die Ausgaben der deutschen öffentlichen Körperschaften erklärt er für zu hoch. Bekanntlich ist die Aufbringung von Reparationen reichlich durch Verpfändung von deutschen Steuern und Zolleinnahmen gesichert. Sein Standpunkt ist, daß wir die Reparationszahlungen auf jeden Fall aufbringen müssen und daß wir nur von den übrig bleibenden Einnahmen unsere eigenen Bedürfnisse befriedigen dürfen. Die deutsche Reichsregierung müsse eine **faire Erprobung des Dawesplanes** gestatten. Diese werde aber durch das steigende Niveau der öffentlichen Ausgaben in Frage gestellt. Die Steigerung der Ausgaben werde durch die Hinausschiebung des endgültigen Finanzausgleichs sowie durch die infolge der neuen Gesetzesvorlagen (Besoldungserhöhung, Kriegsschädenliquidationsgesetz und Schulgesetz) entstehenden erheblichen Mehrausgaben herbeigeführt. **Der** Reparationsagent weist dabei auf eine Reihe besonderer Auswirkungen hin: Gefährdung der Stabilität des Reichshaushalts, wachsende Forderungen der Länder, ungenügende Kontrolle über die öffentlichen Geldausgaben, steigende Preise und Tarife und Erhöhung der Produktionskosten. Die deutsche Finanzpolitik der letzten Jahre — so sagt der Reparationsagent — kann bei außenstehenden Beobachtern den Eindruck erwecken, daß sie **nicht** im Interesse von Deutschlands Reparationsverpflichtungen (auf Grund des Dawesplanes) geführt wurde. Der Reparationsagent geht soweit, zu erklären, daß durch die Zunahme der öffentlichen Ausgaben in die Hände des deutschen Publikums zusätzliche Kaufkraft gelegt werde, und daß die deutsche Finanzpolitik keine hinreichende Rücksicht auf die Reparationsverpflichtungen Deutschlands nehme!

Die **Antwort der deutschen Regierung** zu dieser ersten Gruppe von Aussetzungen des Reparationsagenten weist gleich generell auf die außerordentliche Schwierigkeit der innerdeutschen Probleme hin und erklärt, daß für die öffentlichen Ausgaben staatspolitische Notwendigkeiten maßgebend waren, von denen der Leistungswille des Gesamtvolkes abhänge. Ferner wird ausgeführt, daß im Gegensatz zu anderen Ländern, wo viel mehr Privatkapital zur Verfügung stand, in Deutschland die Kosten der **Rationalisierung** in weitgehendem Umfang von der öffentlichen Hand und durch ihre Hilfe mit Kredit und Kapital bestritten werden mußten. Weiter werden jedoch gleich eine Reihe allerschwerster Probleme auch staatspolitischer und soziologischer Art aufgeworfen. Die Kosten der Besoldungserhöhung könnten u. E. unter dem Zeichen der Rationalisierung begreiflicherweise nur durch eine Verwaltungsreform, die damit Hand in Hand gehen müßte, aufgebracht werden. Ohne neuen Beamtenabbau wäre sie dann nicht denkbar und das Kriegsschädenschlußgesetz müßte gefährdet erscheinen. Überhaupt **alle Verpflichtungen** des Reichs, auch die wohlerworbenen Rechte der Beamtenschaft, könnten höchstens unter einem Gesichtswinkel beurteilt werden, wie er vielleicht für die Regelung der Aufwertungsfrage seinerzeit als maßgebend angesehen wurde.

Besonders erschwert wird eine gesunde Ausgabenpolitik dadurch, daß die deutsche Wirtschaft sowohl durch die jetzigen Reparationsleistungen aufs stärkste belastet wird, wie dadurch, daß uns die Endsumme der an das Ausland zu leistenden Zahlungen nicht bekannt ist. Die Reparationen haben als schwerste der Kriegslasten von Anfang an zu einer Überspannung der Steuern mitgewirkt und die Gesundung der Wirtschaft gehemmt. Der endgültige Finanzausgleich, der ja auch durch den Reparationsagenten gefordert wird, wird vor allem durch die nicht endgültigen Reparationsleistungen erschwert, wenn nicht unmöglich gemacht, die Kapitalbildung, durch die dauernden Reparationsabzapfungen gehindert. Aus diesem Grunde auch müssen dauernd die öffentlichen Körperschaften das Wirtschaftleben mit den ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln und Kapitalien zu stützen versuchen und gerade durch solche Verhältnisse wurden auch manche Fehlschläge und nicht rentable Kapitalausgaben bedingt. Manches ist also eben **die Folge** der unbegrenzten Reparationsverpflichtungen, deren Sicherstellung der Reparationsagent vor allem **anderen** verlangt.

*

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

Der zweite Teil der Kritik des Reparationsagenten beschäftigt sich insbesondere mit der **Kreditpolitik des Reichs, der Länder und Gemeinden.** Der Reparationsagent hält durch die steigende Auslandsverschuldung, durch öffentliche Anleihen und ihre steigenden Zinsen die Transferierung der Reparationssummen in ausländische Währung gefährdet. Seine Aufgabe ist es ja, möglichst viel von den deutschen Zahlungen in auswärtige Währungen zu übertragen und den Gläubigerländern zuzuführen. Dadurch wird er durch die notwendigen Devisenübertragungen für die Auslandszinsen aus den Anleihen gehindert. Der Reparationsagent weist auf die große Bedeutung der Entwicklung der deutschen Handelsbilanz hin, wobei er zugibt, daß für Hemmnisse, welche der deutschen Ausfuhr in den Weg gelegt werden, die andern Länder die Verantwortung tragen. Er behauptet aber, daß durch die Anleihepolitik des Reichs die Einfuhren übermäßig angespannt und dadurch die Transfermöglichkeiten beschränkt werden. Die Reichsregierung gibt in ihrer Antwort zu, daß den Auslandskrediten entsprechende Einfuhren von Auslandswaren folgten, zumal Deutschland in starkem Umfang auf Rohstoffe und Nahrungsmittel aus dem Ausland angewiesen sei. Daß die Kredite aber rationell verwendet worden seien, um die produktiven Kräfte zu entwickeln, zeige die Besserung der Wirtschaftslage in Deutschland. Dabei wird auf die Wiederzuführung von 1½ Millionen Arbeitslosen in den Arbeitsprozeß, die Hebung des Inlandkonsums, wie aber auch die erfreuliche Aufwärtsentwicklung des Exports verwiesen, was zur Aufbringung der Reparationssummen mitgewirkt und den Transfer erleichtert hat. Die Frage ist hier, wie lange man uns eine **Übergangszeit** zubilligen will, — der Reparationsagent erkennt die gegenwärtige Notwendigkeit der Kapitalversorgung Deutschlands aus dem Ausland an — in der Deutschland sich in starkem Umfang auf ausländisches Kapital stützen muß, unter der Voraussetzung, daß die im Ausland aufgenommenen öffentlichen Kredite tatsächlich zur Förderung der deutschen Produktion dienen.

Der Reparationsagent verlangt, daß dauernd nachgeprüft werde, ob unter Berücksichtigung der Gesamtlage nichtdringliche oder unwirtschaftliche Aufgaben aus Anleihemitteln zu vermeiden seien, und stellt dafür den Grundsatz der Überwachung der öffentlichen Ausgaben überhaupt auf. Die Reichsregierung hat demgegenüber auf die verfassungsrechtlichen Hindernisse einer solch unmittelbaren Kontrolle hingewiesen. Der beste Weg wäre freilich der, **das Dotationssystem abzubauen und Ländern und Gemeinden in möglichst weitgehendem Umfang ihre finanzielle Selbstverantwortung wiederzugeben.** Den Versuchen, die Ausführungen des Reparationsagenten für zentralistische Tendenzen nutzbar zu machen, wird mit Recht entgegenzuhalten sein, daß politische Vereinfachung nichts weniger als tatsächliche Staatsvereinfachung und Verbilligung bedeutet. Was durch Ersparung der föderalistischen Organe gewonnen wird, wird mehr als wettgemacht durch das **Anschwellen des zentralistisch-bürokratischen Apparats.** Was nottut, ist eine **klare und scharfe Begrenzung der Zuständigkeiten,** besonders in finanzieller Hinsicht, so daß in Ländern und Gemeinden eine wirkliche demokratische Kontrolle der Ausgaben stattfinden kann. Der Reparationsagent glaubt übrigens selbst nicht, daß es möglich sei, durch bürokratische Maßnahmen hier Abhilfe zu schaffen, da Länder und Gemeinden, denen der Auslandsanleihemarkt verweigert wurde, Umwege fänden.

*

Das Memorandum des Reparationsagenten und die deutsche Antwort darauf, haben uns den Ernst der **Reparationsfrage** und im **Zusammenhang damit** den Ernst der deutschen Finanz- und Wirtschaftslage wieder offenbar gemacht. Als erste Folge wird sich der Zwang einstellen, die Anleiheversorgung aus dem Ausland einzuschränken. Dadurch ergibt sich schon eine Einschränkung der öffentlichen Arbeiten. Außerdem wird von uns im Interesse der Reparationen eine rationellere Gestaltung der Verwaltung verlangt. Weiter oben wiesen wir schon darauf hin, daß das nicht ohne empfindliche Rückwirkungen für breite Schichten gehen wird. Aber auch eine Rationalisierung der Verwaltung kann nach der im großen Umfang durchgesetzten Rationalisierung der Privatwirtschaft nicht das Schlußstück der Stabilisierungsmaßnahmen sein. **Wirklich stabile Verhältnisse** sind **unmöglich,** solange wir noch mit unbegrenzten Reparationstributen rechnen müssen, und das ist heute noch, 10 Jahre nach 1918, der Fall. Gilbert handelt und spricht im Interesse der Reparationsgläubiger, die Reichsregierung naturgemäß in dem des deutschen Volkes. Sie muß dessen Interessen in dem ihr durch den Londoner Vertrag gezogenen Rahmen verteidigen. Daraus müssen sich Divergenzen ergeben, die nicht aufhören können, bevor nicht durch **Neuregelung der Reparationszahlungen** und Festlegung ihrer Endsumme in einer erträglichen Höhe die endgültigen Voraussetzungen für die Gesundung der deutschen Finanzen geschaffen sind.

***

Das Zentrum zur Frage „Reich und Länder"

Die Zentrumsfraktionen des Reichstags und des preußischen Landtages kamen Donnerstag nachmittag zu einer gemeinsamen Sitzung im Fraktionszimmer des Reichstages zusammen. Auch der badische Landtagspräsident Dr **Baumgartner** nahm an der Sitzung teil. Die Fraktionen beschäftigten sich zunächst mit dem Thema der Verwaltungsreform, des **Einheitsstaates** oder des **föderalistischen Staates.** Sie nahmen darüber eingehende Referate der Abgeordneten Dr **Brüning** vom Reichstag und der Abg. **Heß** und **Lauscher** vom preußischen Landtag, sowie des badischen Landtagspräsidenten **Baumgartner** entgegen. Die Sitzung dauerte bis in die späten Abendstunden.

Auch an den am heutigen Freitag fortgesetzten Beratungen nahm der badische Landtagspräsident Dr **Baumgartner** teil. Es kamen aber nur Kleinrentnerfragen zur Debatte, während die Weiterführung des Hauptberatungsthemas, nämlich die Aussprache über die Verwaltungsreform und über Einheits- oder föderalistischer Staat, vertagt wurde. Sie soll erst wieder aufgenommen werden, wenn die Plenarsitzung des Reichstages und des preußischen Landtages beginnen. Bekanntlich ist ja ein Unterausschuß eingesetzt worden, der inzwischen diese Probleme erörtern wird.

*

Zu den Beratungen bemerkt die „Germania": Das Zentrum kann an die Frage „Reich und Länder" nur auf Grund seines **föderalistischen Programms** herantreten. Einer besonderen Kommission wurde die Aufgabe zugewiesen, das reichhaltige Material und die Anregungen zu prüfen und das Ergebnis einer neuen gemeinsamen Sitzung der Fraktionen vorzulegen. Diese Sitzung soll stattfinden, wenn beide Parlamente wieder versammelt sind. Entgegen einer von anderer Seite verbreiteten Darstellung wird in der „Germania" ausdrücklich betont, daß sich die gestrige Zentrumsfraktionssitzung mit keinem Wort mit dem Reparationsproblem, der Besoldungsreform und den inneren Verhältnissen der Koalitionsparteien zueinander beschäftigt hat. Die Verhandlungen galten ausschließlich dem Problem „Reich und Länder".

Kein neues Memorandum Parker Gilberts. Zu einer Meldung, daß ein neues Memorandum Parker Gilberts in Aussicht stehe, wird aus Berlin mitgeteilt, daß, soweit bekannt sei, Parker Gilbert mit dem Studium des deutschen Memorandums noch nicht fertig sei. Von einem neuen Memorandum seinerseits sei nicht das Geringste bekannt. Die Abfassung eines solchen sei auch höchst unwahrscheinlich.

Viktor Naumann †. In München starb der bekannte katholische Publizist Dr. Viktor Naumann, früherer Pressechef der Reichsregierung, im Alter von 61 Jahren an einem Herzschlag.

Die russische Opposition. Das Zentralkomitee der russischen kommunistischen Partei wendet sich in einer scharf gefaßten Veröffentlichung gegen das Treiben der unter Trotzkis Führung stehenden Parteiopposition am 10. Jahrestage der Oktoberrevolution. Den Oppositionellen wird von neuem der Ausschluß aus der Partei angedroht.

Aus den Reichstagsausschüssen

Die Besoldungsreform

Im weiteren Verlauf der Donnerstagssitzung des Haushaltsausschusses des Reichstages begründete

Abg. **Harmon** (Deutschn.) einen Antrag der Regierungsparteien, der gleichfalls die Zuschläge für uneheliche Kinder gewähren und außerdem für durch Krankheit dauernd erwerbsunfähige Kinder den Zuschlag ohne Rücksicht auf das Lebensalter weiter geben will.

Ministerialdirektor Dr. **Lotholz** erklärte, die Regierung werde den Wünschen bezüglich der unehelichen Kinder entgegenkommen und ebenso dem Antrag der Regierungsparteien wegen der erwerbsunfähigen Kinder zustimmen. Es sollten auch im Falle der Bedürftigkeit Kinderzuschläge für Berufs- und Schulausbildung gewährt werden.

Mit den durch die Anträge der Regierungsparteien bedingten Änderungen wurde § 13 genehmigt.

§ 14 handelt von den **Zulagen.** — Auf Anfrage bemerkt Ministerialdirektor Dr. **Lotholz:** Zulagen für Überstunden und Nachtdienst gehörten nicht in das Besoldungsgesetz, sondern seien Sache der Verwaltung. Über die Ministerialzulagen strebe man ein Einvernehmen mit Preußen an.

Auf Antrag der Regierungsparteien wurde eine Bestimmung eingefügt, nach der Beamte alle Bezüge, die sie als Vorstands- oder Aufsichtsratsmitglieder von Gesellschaften beziehen, an welchen das Reich beteiligt ist, **abzuliefern** haben. Im übrigen blieb § 14 unverändert.

Es folgt der Abschnitt 2: **außerplanmäßige Beamte.**

Die Regierungsparteien beantragten hierzu, daß die außerplanmäßige Dienstzeit fünf Jahre, bei Versorgungsanwärtern vier Jahre, bei den vor dem 1. Januar 1925 eingestellten Postbeamtinnen acht Jahre nicht übersteigen solle.

Abg. **Schuldt** (Dem.) und Abg. **Steinkopf** (Soz.) verlangten Umwandlung dieser Soll-Vorschrift in eine Muß-Vorschrift.

Ministerialdirektor Dr. **Lotholz** verwahrte sich gegen diesen Eingriff in die Verwaltungsbefugnisse, der übrigens ins Etatgesetz gehöre. Nach weiterer Debatte wurden nur die Anträge der Regierungsparteien und mit diesen Änderungen § 15 angenommen.

Beim § 16, der die **Diätarzeit** behandelt, beantragt Abg. **Groß** (Ztr.) folgende Einfügung: „Die zur Zeit des Inkrafttretens dieses Gesetzes im Dienste befindlichen außerplanmäßigen Beamten rücken wie die planmäßigen Beamten weiter im Grundgehalt auf." Nach kurzer Aussprache wird dieser Antrag angenommen und mit ihm der größte Teil des § 16. Vom Abschnitt 3 (**Allgemeine Vorschriften**), bleiben die Paragraphen 17 und 18 unverändert. Beim § 19 kritisierte Abg. **Stücklen** Soz.) die Kleiderbeihilfe für Offiziere und Generale. — Dasselbe könnten auch Staatssekretäre und andere Zivilbeamte verlangen. — Die Bestimmung über **Kleiderbezüge** wird darauf zurückgestellt, § 19 im übrigen genehmigt.

Am heutigen Freitag strich der Haushaltsausschuß im Besoldungsgesetz die **Kleiderzulage für Generale,** da sich die Deutschnationalen dem sozialdemokratischen Antrag angeschlossen hatten.

Sodann wurden die **monatlichen Vorauszahlungen an die Beamten** beraten. Der Entwurf will den Finanzminister ermächtigen, unter gewissen Voraussetzungen **Vierteljahreszahlungen** zuzulassen.

Abg. **Torgler** (Komm.) beantragte vierteljährliche Vorauszahlung.

Abg. **Dauer** (Bayr. Vp.) ersuchte, es einstweilen bei der jetzigen Fassung zu lassen.

Abg. **Schuldt** (Dem.) erblickte in der Vorlage eine Verfassungsänderung, da die Vierteljahreszahlung ein wohlerworbenes Recht der Beamten sei.

Ministerialdirektor Dr. **Lotholz** erklärte demgegenüber, die gegenwärtige Finanzlage zwinge zur Zurückhaltung. Um ein wohlerworbenes Recht handele es sich nicht, da die Vierteljahreszahlung gesetzlich abgeschafft worden sei.

Nach weiterer Aussprache wurde die **Monatszahlung** und die **Ermächtigung** des Finanzministers **genehmigt.**

Bei der Beratung der Übergangsvorschriften wurde die Frage der **Festsetzung des Besoldungsdienstalters,** bei der der Reichsrat eine andere Fassung beschlossen hatte, nach längerer Geschäftsordnungsdebatte zurückgestellt.

Der Ausschuß beriet dann die Bestimmungen über die Pensionen, Wartegelder usw.

Das Reichsschulgesetz

Im **Bildungsausschuß** wurde am Donnerstag des weiteren der Absatz 3 § 1 beraten, der zum Ausdruck bringen will, daß die **Empfindungen Andersdenkender** nicht verletzt werden dürfen.

Abg. **Hörnle** (Komm.) verlangte eine Regierungserklärung über die Behauptung der Maßregelung der Lehrer unter dem bayrischen Konkordat.

Umbauten in Karlsruhe
Die neue Einrichtung des Colosseums

Das **Colosseum,** die einzige Varieté-Bühne größeren Stils in Karlsruhe, ist kürzlich einem inneren Umbau unterzogen worden. Wir haben schon neulich bei der Einweihung darauf hingewiesen, daß bei dieser Arbeit Sachkenntnis und Geschmack sich die Hand gereicht haben, um etwas ganz Vortreffliches zu vollbringen. Ein zweiter Besuch des Colosseums verstärkt diesen Eindruck.

In Karlsruhe hat in den letzten Jahren eine ganze Reihe von Umbauten stattgefunden. Einige von ihnen, so vor allem die Schaufenster-Umbauten in der Kaiserstraße (Konditorei Kaiser, Konditorei Stübinger, Papierhandlung Fischer, Damenkonfektionshaus Michel-Bösen, Optiker Willer, Hutgeschäft L. Ph. Wilhelm, Herrenkonfektion Breitbarth, Herrenmoden Baer, Damenhüte Baer) sind sehr hübsch geworden. Und man kann es begreifen, daß auch dem anspruchsvolleren Fremden der äußere Anblick der Kaiserstraße Worte der Achtung und Bewunderung entlockt. Was die Umbauten in den Hotels, Restaurants und Kaffees betrifft, so waren sie nicht immer glücklich. Eine erfreuliche Ausnahme machen hier die beiden ersten Hotels am Platze, „Schloßhotel" und „Germania", die in der Einrichtung behaglicher und repräsentativer Aufenthaltsräume Mustergültiges geleistet haben, und das Kaffee Museum. Mißlungen ist dagegen, wie wir schon einmal betonten, die Renovierung der großen Festhalle.

Als es hieß, das **Colosseum** werde im Innern umgebaut werden, hat man im Hinblick auf die mannigfachen schlechten Erfahrungen — von denen hier im einzelnen nicht weiter gesprochen sei — gewisse Befürchtungen nicht unterdrücken können. Sie haben sich als völlig gegenstandslos erwiesen. Das Colosseum bietet heute einen Anblick, der ästhetisch so wohltuend ist, daß man diesen Umbau, für den Architekt **Rößler** in erster Linie verantwortlich zeichnet, zu den gelungensten und schönsten der letzten Jahre zählen kann. Der Architekt war in seinem Entwerfen von vornherein beschränkt, da größere **räumliche** bzw. **bauliche** Veränderungen nach Lage der Dinge nicht vorgenommen werden konnten. Es kam in der Hauptsache darauf an, eine **innendekorationstechnische** Aufgabe zu lösen. Und diese Aufgabe ist mit einer **Geschmacksicherheit** gelöst worden, die **hohe** Anerkennung verdient. **Bis in die kleinsten Einzelheiten** erstreckt sich diese Geschmacksicherheit. Und das Erfreuliche bei alledem ist, daß der hier gezeigten Art von Innendekorationskunst alle Schichten zu folgen vermögen, ganz gleich, ob sie nun mehr das Alte oder mehr das Neue in der Kunst und im Kunstgewerbe bevorzugen.

C. A.

Stuttgarter Theaterbrief

Stuttgart hat eine **Uraufführung** erlebt: die des Schauspiels **„Die Zeche zahlt Koritke"** von **Friedrich Wolf.** Des Kindes Glück, der Kampf zweier Männer um das Recht der Vaterschaft dem Kinde gegenüber, der Kampf zwischen Reich und Arm, so heißen die Leitideen des Stückes. Und dem Autor ist es gelungen, diese Ideen dramatisch wirkungsvoll zu gestalten. Unter den Rollen fiel die der Berliner Urtype Koritke besonders auf. Dieser Mensch, dessen Seele bis ins Tiefste durchgearbeitet ist, steht als der eigentlicher Sieger in jenem Kampfe vor uns. Rudolf Wittgens spielte ihn mit sicherer Feinheit. Dann interessierte noch Maria Czamska als kleine Mia mit ihren sehnsüchtigen, verwirrten, heißen „Siebzehn Jahren" von heute. Die Uraufführung im Kleinen Haus wuchs sich zu einem großen Erfolg aus, auf den der Dichter stolz sein kann. Die Bühnenbilder waren originell, und die dumpfe, geschickt untermalende Musik erhöhte noch die Spannung. — Eine Überraschung von seiten der Intendanz waren die zwei Gastspiele des **Russischen Ballets Diaghileff.** Das Ballett hat eine große Tradition: Sterne, wie die Pawlowa, gingen aus seiner Mitte hervor. Das Gastspiel war ein großer Genuß, da nicht das übliche Ballett vor uns hingezaubert wurde, sondern ein individuelles, bis in die feinsten Fingerspitzen durchpulstes Leben und Tanzen, eine Körperlichkeit, die doch über das Körperliche hinauswuchs. Man nahm einen starken Eindruck mit nach Hause, einen Eindruck, der in der reinen Freude an der Schönheit des menschlichen Körpers gipfelte. Die Eigenart Diaghileffs wird betont durch die Aufmachung des Tanzes, die Szenerie, die Verwendung auffallender Hilfsmittel, wie des des Glases. Aber schließlich ist das Nebensache, über deren Wert sich streiten läßt: die Hauptsache bleibt der Triumph des tanzenden, in edelster Schulung dahinschwebenden Körpers.

„Man kann nie wissen!", so heißt die Komödie von **Bernhard Shaw,** die das Stuttgarter Schauspielhaus auf die Bühne brachte. Ein echter Shaw! und eine gute Aufführung! — Lola **Erwig** als Gloriae zeigte uns ein bildhübsches Mädel mit gelegentlichen, blaustrümpflerischen Anwandlungen, die aber von ihrem Partner (Paul Walther) mit Hilfe seines eleganten, bestrickenden Äußeren ausgetrieben werden. Allen Darstellern gebührte Lob und Anerkennung. Das Publikum zeigte sich sehr beifallsfreudig.

E. A.

Der Schillerpreis-Träger Hermann Burte. Der zusammen mit von Unruh und Werfel mit dem Schillerpreis ausgezeichnete badische Dichter **Hermann Burte,** ein Pseudonym für den Maler und Ehrendoktor Hermann Strübe, wird im kommenden Februar 49 Jahre alt. Er ist im badischen **Maulburg** geboren, in **Lörrach** ansässig. Außer einem Bande alemannischer Gedichte „Madlee" und zwei Sonettenbänden „Patrizia" und „Flügelspielerin", hat er sich als Dramatiker und Erzähler hervorgetan. Richard Dehmel verlieh ihm den Kleist-Preis für seinen Roman „Wiltfeber, der ewige Deutsche", die Geschichte eines Heimatsuchers. Als Dramatiker hat Burte mit den Schauspielen „Herzog Utz", „Simson" und „Katte" Fuß auf der deutschen Bühne gefaßt.

Nobelpreis für Physik. Die schwedische Akademie der Wissenschaften hat über die Verteilung der Nobelpreise für Physik und Chemie für das Jahr 1927 beschlossen: Der Chemiepreis wird zurückbehalten für das kommende Jahr. Der Physikpreis wird geteilt zwischen Professor Arthur **Compton** (Chicago) für die Entdeckung des sog. Compton-Effektes und Prof. C. T. R. **Wilson** in Cambridge für die Entdeckung der Methode, durch Dampfkondensation die Bahnen elektrisch geladener Partikel sichtbar zu machen. — Ferner hatte die schwedische Akademie über die Verteilung der Nobelpreise für **Literatur** für die Jahre 1926 und 1927 zu beschließen. Den Preis für 1926 erhält die italienische Dichterin Grazia **Deledda,** der Preis für 1927 wird für die eventuelle Verteilung im nächsten Jahr zurückgehalten.

Badisches Landestheater. Am Dienstag, den 15. November 1927, findet im städtischen Konzerthaus ein Gastspiel des Elsässischen Theaters Karlsruhe statt. Zur Aufführung gelangt **„'s Teschtament",** Volksstück in drei Aufzügen, von Julius Greber. Das Werk, das mit zu den besten Stücken in elsässischer Mundart gehört, hatte bereits voriges Jahr einen durchschlagenden Erfolg und wird auch diesesmal seine Anziehungskraft nicht verfehlen.

ll

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Ministerialdirektor Pellengahr erklärte, daß bei der Reichsregierung darüber bisher keine Beschwerden eingegangen seien.

Abg. Hofmann (Zentr.) betonte, daß in der Verfassung nur gemeint sein könnte, daß die Empfindungen der Kinder nicht verletzt werden sollen.

Abg. Mumm (DN.) meinte, daß man zu einer authentischen Auslegung der Verfassung bei der Verschiedenheit der Auffassungen kaum kommen werde.

Abg. Frau Dr Bäumer (Dem.) bemerkte, daß alles, was in der Schule gesprochen wird, die Empfindungen Andersdenkender schonen müsse.

Abg. Hensel (DN.) war der Ansicht, daß nur herabsetzende und verletzende Bemerkungen zu vermeiden sind.

Dann wird Absatz 3 angenommen und gleich darauf in der Gesamtabstimmung der ganze § 1.

Beim § 3, der die **Gemeinschaftsschule** behandelt, beantragt Abg. Dr **Löwenstein** eine andere Fassung des Absatzes 2, in welchem der Entwurf der Gemeinschaftsschule eine religiös-sittliche Grundlage geben will.

Abg. **Schulz** (Soz.) hält diesen Absatz 2 für verfassungswidrig. Wenn man der Gemeinschaftsschule religiösen Charakter geben will, sei dazu Zweidrittelmehrheit erforderlich.

Abg. Frau Dr **Bäumer** (Dem.) schließt sich dieser Auffassung an und will nur das allgemeine deutsche Kulturgut zur Grundlage machen.

Im weiteren Verlauf der Debatte erklärte Abg. **Rosenbaum** (Komm.) es für unmöglich, im Unterricht die Ergebnisse der Wissenschaft mit der religiösen Grundlage in Einklang zu bringen.

Abg. **Crispien** (Soz.) verurteilte es, wenn man darauf Rücksicht nehmen wolle, daß von 62,4 Millionen Deutschen 60 Millionen Christen seien. Der Kirchenaustritt sei ihnen erschwert.

Abg. Dr **Runkel** (D. Vp.) meinte, in Weimar sei die Absicht die gewesen, die Simultanschule zu schaffen. Man habe aber damals gar keine andere als die christliche Simultanschule gekannt. Infolgedessen könne die weltliche Gemeinschaftsschule nicht unter den Schutz der Verfassung gestellt werden, und man müsse die **christliche Gemeinschaftsschule** fordern.

Abg. **Rheinländer** (Zentr.) erklärt sich für seine Partei gleichfalls zugunsten der christlichen Gemeinschaftsschule. Nach der Ansicht namhafter Juristen könne die für alle gemeinsame Grundschule überhaupt nicht die Gemeinschaftsschule sein. Verfassungsrechtliche Bedenken beständen also nicht.

Abg. Dr **Löwenstein** (Soz.) widerspricht der Auffassung Dr. Runkels, daß man in Weimar die Simultanschule gewollt habe. Die in Weimar gewollte Gemeinschaftsschule sei die Verkörperung des großen Toleranzgedankens.

Im Strafrechtsausschuß

berichtete am Donnerstag Abg. **Brodauf** (Dem.) über die Beschlüsse des Unterausschusses, der den Abschnitt über **„Täterschaft und mittelbare Täterschaft"** vorberaten hatte. Der Ausschuß schloß sich den gemachten Vorschlägen an, nachdem Abg. Dr. **Bell** (Ztr.) namens der Minderheit des Unterausschusses erklärt hatte, daß diese es für zweckmäßiger gehalten hätte, wenn man die Auslegung und Anwendung des Begriffes „mittelbarer Täter" der Praxis überlassen hätte.

Bei der dann folgenden Weiterberatung über den **bedingten Straferlaß** beantragte Abg. **Stöcker** (Komm.), überhaupt keine definitive Verurteilung erfolgen zu lassen, wenn der erzieherische Zweck ohne Vollstreckung der Strafe erreicht werden kann.

Ministerialdirektor Dr. **Bumke** vom Reichsjustizministerium betonte, daß die Länderregierungen dafür eingetreten seien, den Gerichten den bedingten Straferlaß nur bei Freiheitsstrafen bis zu sechs Monaten zu übertragen. Bei höheren Strafen den Straferlaß den Zentralinstanzen vorzubehalten.

Abg. **Landsberg** (Soz.) wies darauf hin, die Sozialdemokraten glaubten, daß die Furcht vor dem drohenden Strafvollzug ein wirksameres soziales Erziehungsmittel sei, als der Vollzug der Strafe selbst. So beweise auch die preußische Statistik, daß vier Fünftel aller bedingt Verurteilten von der Abbüßung der Strafe infolge guten Verhaltens befreit wurden.

Abg. **Hanemann** (Deutschn.) äußerte Bedenken, daß eine zu weitgehende Handhabung des bedingten Straferlasses diese Rechtswohlfahrt in ihr Gegenteil für die Gesellschaft verwandeln könne, da sonst die kriminellen Neigungen zu leicht überhand nehmen könnten.

Der Ausschuß nahm am heutigen Freitag die **Bewährungsfrist für Strafen bis zu sechs Monaten** an. Die von Sozialdemokraten beantragte Erweiterung auf Strafen bis zu einem Jahre wurde abgelehnt.

Genehmigt wurde auch die weitere Bestimmung des Entwurfes, daß **bedingter Straferlaß** nur bewilligt wird, wenn die Persönlichkeit des Verurteilten, sein Vorleben und sein Verhalten nach der Tat die Erwartung begründen, daß er künftig ein gesetzmäßiges und geordnetes Leben führen werde. Bedingter Straferlaß soll nicht bewilligt werden, wenn das öffentliche Interesse oder die Rücksicht auf den Verletzten die alsbaldige Vollstreckung der Strafe erfordert.

Zum Aufenthalt russischer Kommissare in Deutschland

Die Berliner „Rote Fahne" hatte bemängelt, daß einige russische Delegierten, die eine Aufenthaltsbewilligung für vier Tage für Deutschland erhalten hatten, um an den kommunistischen Feiern teilzunehmen, eine weitere Aufenthaltserlaubnis nicht erhalten haben. Von Seiten der russischen Regierung war bei Deutschland der Antrag gestellt worden, nachträglich einen Aufenthalt zu verlängern, weil die Betreffenden zum Studium der Lebensverhältnisse des Deutschen Reiches noch in Deutschland bleiben wollten. Dieser Antrag ist abgelehnt worden, weil der **rein agitatorische Zweck des Aufenthalts** klarzuliegen schien und weil Rußland wiederholt Deutschen, die zu rein wirtschaftlichen Zwecken nach Rußland gekommen sind, den Aufenthalt nicht gewährte.

Der Reparationsausschuß. Wie das „B. T." zu dem Reichskabinettsbeschluß über die Schaffung eines interministeriellen Reparationsausschusses berichtet, ist die Bildung eines **parlamentarischen Beirats** geplant, in dem alle Fraktionen des Reichstages, also auch die Oppositionsparteien, mit Ausnahme der beiden Flügelparteien, der Völkischen und der Kommunisten, Vertreter entsenden sollen.

Reichskredite für den Kleinwohnungsbau. Der **Reichsrat** genehmigte am Donnerstag eine Verordnung über die Verwendung des Kredits zur Förderung des Kleinwohnungsbaues. Diese Verordnung faßt die Bestimmungen der bisherigen Verordnungen, die ziemlich unübersichtlich geworden waren, zusammen, unter Fortlassung einer Reihe unpraktischer und unnötiger Bestimmungen. Für das Weiterleiten sollen nicht mehr die Selbstkosten des Reiches maßgebend sein, und der **Zinssatz** soll sich den wirtschaftlichen Verhältnissen anpassen, damit ein größerer Anreiz zum Zuschlag der **Zwischenkredite** gegeben wird. Die Reichsregierung hat im Ausschuß die Erklärung abgegeben, daß vorderhand nicht beabsichtigt sei, gewisse Wohnungstypen als besonders kreditwürdig zu bezeichnen.

Die Besoldungsvorlage

Donnerstag nachmittag fand in Berlin die angekündigte Besprechung zwischen den Vertretern der **Regierungsparteien** und dem **Reichskanzler** statt; an ihr nahm auch der Reichsminister des Innern v. **Keudell** teil. Zweck der Aussprache war eine Verständigung über die Förderung der parlamentarischen Arbeiten vor allem der **Besoldungsreform** samt den dazugehörigen finanzpolitischen Aufgaben, und des **Schulgesetzes.** Auch andere laufende Angelegenheiten wurden kurz erörtert, so die Frage der Abfindung der Standesherren. Zur Zeit ist der Kampf um das Schulgesetz gegenüber der Besoldungsvorlage zurückgetreten. Die ursprünglich für Donnerstag angesetzte Sitzung des Interfraktionellen Ausschusses der Regierungsparteien ist auf heute Freitag nachmittag verschoben worden. Man will die Beratung über die Besoldungsvorlage aus allgemein politischen Gründen beschleunigen, damit sich das Reichstagsplenum, das am 22. November wieder zusammentritt, mit dieser Frage endgültig beschäftigen kann. Von einer Zurückziehung der Vorlage durch die Regierung kann zur Zeit keine Rede sein. Ebensowenig gilt es in parlamentarischen Kreisen als ausgeschlossen, daß die Regierungsparteien die Vorlage in ihrer jetzigen Form fallen lassen, was jedoch nicht ausschließt, daß durch gewisse Umgruppierungen beim Aufbau der Besoldungsordnung versucht werden soll, Ersparnisse zu erzielen.

Anschlußarbeit am Strafgesetz

Am Montag abend wird sich eine Delegation von zehn Mitgliedern des **Strafrechtsausschusses** des Reichstages nach **Wien** begeben, um dort mit dem **Unterausschuß des österreichischen Strafrechtsausschusses** die schon seit langem geplanten Verhandlungen über die deutsch-österreichische Rechtsangleichung zu beginnen.

Die Mitglieder der Abordnung werden nach Fraktionen ausgesucht, und zwar bringen die Sozialdemokraten und die Deutschnationalen je zwei Mitglieder, das Zentrum, die Volkspartei, die Demokraten, die Wirtschaftspartei, die Bayerische Volkspartei und die Kommunisten je einen Abgeordneten. Für die demokratische Fraktion ist laut „Voss. Ztg." der Abg. **Brodauf** genannt worden, von den Sozialdemokraten die Abgeordneten **Landsberg** und Dr. **Rosenfeld** und von der Bayer. Volkspartei der frühere Reichsjustizminister Abg. Dr. **Emminger.**

Die Beratungen werden am Dienstag im Wiener Parlamentsgebäude beginnen und wahrscheinlich auch noch den Mittwoch über dauern. Die Beratungen werden sich an der Hand des Strafrechtsentwurfs und der bisher vom deutschen Strafrechtsausschuß beschlossenen Abänderungen entwickeln. Es ist vorgesehen, daß solche Aussprachen von Zeit zu Zeit wiederholt werden und daß sie abwechselnd in Berlin und Wien stattfinden.

Der Reichsausschuß der Deutschen Volkspartei ist zu einer Tagung auf den heutigen 11. November nach Berlin einberufen worden. Die Verhandlungen, die der Parteivorsitzende, Reichsminister Dr. **Stresemann,** leiten wird, dienen der Vorbereitung der Sitzung des Zentralvorstandes der Deutschen Volkspartei, der sich am 21. November in Braunschweig versammeln wird, um zu den schwebenden politischen Tagesfragen, besonders dem Reichsschulgesetz, Stellung zu nehmen.

Greenwicher Zeitangabe durch Radio. Die „Times" meldet, daß von der Standard Uhr des Observatoriums Greenwich bei London, die als die genaueste aller Uhren angesehen wird, von Mitte Dezember ab die Zeit zweimal im Tag von der Sendestation Rugby ausgesandt wird. Die Signale werden fünf Minuten dauern und um 10 Uhr vormittags und 10 Uhr abends Greenwicher Zeit endigen.

Die britischen Verluste im Weltkrieg. „Morning Post" teilt mit, daß die Verlustliste der im Weltkriege gefallenen britischen Soldaten und Seeleute nicht, wie bisher geglaubt, 900 000 Tote umfaßt, sondern nach den seit Ende des Krieges gemachten Feststellungen 1 069 825 Mann beträgt.

Erhöhung der Beamtengehälter in Ungarn. In der Konferenz der ungarischen Regierungsparteien teilte der Finanzminister mit, daß die Beamtenbezüge vom 1. November ab um 15 bis 10 Proz. erhöht werden und zwar nach dem Prinzip der Regressivität. Die Bezüge der vor den Jahren 1925 pensionierten Angestellten werden um 10 Proz. erhöht werden.

Die indische Verfassungsfrage. Die Haltung der öffentlichen Meinung in Indien über die beabsichtigte Einsetzung eines parlamentarischen Ausschusses zur Beratung der indischen Verfassungsfrage scheint sich weiter zu versteifen. Wie aus **Kalkutta** gemeldet wird, übt die nationalistische Presse heftige Kritik an dem Plan. Die Blätter geben Nachrichten aus allen Teilen Indiens wieder, in denen der Rat erteilt wird, den Verfassungsausschuß zu boykottieren.

Badischer Teil

Badischer Landtag

Im Laufe der nächsten Woche wird eine Sitzung des **Landständischen Ausschusses** stattfinden. Der genaue Termin steht noch nicht fest. Das **Plenum des Landtages** tritt nunmehr am Mittwoch, den 23. November, vorm. 11 Uhr, zur ersten Plenarsitzung der Sitzungsperiode 27/28 zusammen. Es werden Gottesdienste beider Konfessionen vorausgehen.

Vertreter der badischen Handelskammern beim Finanzminister

Kürzlich fand in Karlsruhe eine Besprechung zwischen dem Finanzminister Dr. **Schmitt** und den **Vertretern sämtlicher badischer Handelskammern** statt, die den ausgesprochenen Zweck hatte, dem Minister die Steuersorgen der badischen Wirtschaft vorzutragen. Bei dieser Besprechung wurde vor allem angeregt, die Finanzämter anzuweisen, von den Vergünstigungen, welche die einzelnen Steuergesetze einräumen, weitgehenden Gebrauch zu machen. Insbesondere wurde es als wünschenswert bezeichnet, den Härteparagraph des badischen Grund- und Gewerbesteuergesetzes mehr als bisher zur praktischen Auswirkung zu bringen.

Hochwasser

DZ. **Heidelberg,** 10. Nov. Der **Neckar** überschritt gestern abend die Hochwassergrenze von drei Metern. Heute morgen um acht Uhr betrug der Wasserstand 3,65 Meter. Das Baugelände der Neckarstufe Heidelberg ist seit gestern zum Teil vollkommen überflutet, doch gelang es rechtzeitig, Lokomotiven und wertvolles Material in Sicherheit zu bringen. Die 580 Arbeiter, die an der Staustufe beschäftigt waren, sind seit heute zum Feiern gezwungen.

DZ. **Pforzheim,** 10. Nov. **Enz, Nagold** und **Würm** führen ungeheure Wassermassen. Die Enz ist seit gestern morgen bis heute früh 8 Uhr, um 1,55 Meter auf 2,25 Meter gestiegen. Der Fluß hat auf weite Strecken die Ufer überflutet. Die Nagold bildet einen riesigen Strom, der Balken und Bretter anschwemmt.

DZ. **Buchen,** 11. Nov. Der anhaltende Regen hat für viele Orte unseres Bezirkes **Hochwassernot** gebracht. Die Morre wuchs in kurzer Zeit zu einem reißenden Strome, der kaum noch unter den Steinbrücken durchkam. Das Wasser drang in die Keller. In Hettigenbeuern war man gezwungen, die Ställe zu räumen. In Altheim hat das Wasser der Kirnau die Ortsstraßen völlig überschwemmt, und ist in die Keller, Scheunen und Ställe eingedrungen.

DZ. **Eppingen,** 10. Nov. Infolge des ausgiebigen Regens der letzten Tage sind **Elsenz** und **Hilsbach** über ihre Ufer getreten und haben das Wiesental vollständig überschwemmt.

DZ. **Neckarsulm,** 11. Nov. Aus allen Teilen des Oberamtsbezirks Neckarsulm wird bedeutender **Hochwasserschaden** gemeldet. Riesige Wassermassen stürzten über das Neckarstauwehr in Neckarsulm. In Heilbronn erreichte der Neckarstand über 4 Meter. Wimpfen, Rappenau, Heinsheim und Gundelsheim leiden stark unter dem Hochwasser.

DZ. **Offenburg,** 10. Nov. Das **Hochwasser** in Offenburg ist bereits wieder **gefallen.** Der höchste Stand der Kinzig bei Wolfach war 2,45 Meter und in Schwaibach 2,50 Meter. Zwischen den Dörfern Biehl und Weier, die rechts und links von der Kinzig unterhalb Offenburg liegen, ist ein Verkehr nur mit dem Kahn möglich.

bld. **Freiburg,** 11. Nov. Durch die andauernden Regengüsse ist die Straße zwischen **Kenningen und Riegel** (am Kaiserstuhl) so überschwemmt, daß sie mit Autos nicht befahrbar ist. Die Fahrzeuge müssen die Landstraße Emmendingen—Riegel benützen.

Lohnbewegungen in Baden

Zur Kündigung in der Pforzheimer Schmuckwarenindustrie wird bemerkt, daß es sich nicht um den Lohntarif, der bis April läuft, handelt, sondern den sogenannten Rahmentarif der die Arbeitszeit, Urlaub, Mittagspause usw. umfaßt.

Volksabstimmung. Wie uns mitgeteilt wurde, ist die Volksabstimmung über Auflösung des Bürgerausschusses in Dos nicht die erste, sondern bereits die zweite derartige Abstimmung in Baden. Die erste Abstimmung war im Jahre 1924 in Nordrach. Die zur Auflösung erforderliche Mehrheit kam s. Zt. nicht zustande. Regierungskommissar für Nordrach war der derzeitige kommiss. Bürgermeister, Diplomkaufmann **Werner** in Muggensturm.

Aus der Landeshauptstadt

Evang. Ortskirchensteuer. Der Bericht über die Kirchengemeindeausschußsitzung vom 7. November 1927 ist dahin zu ergänzen: Der Ortskirchensteuerfuß ist von 8 auf 6 *Rpf* ermäßigt. Diese Senkung kommt wesentlich nur dem Grundbesitz zugute. Bei den Festbesoldeten tritt trotz der Senkung des Steuerfußes keine Ermäßigung gegenüber dem Vorjahr ein, weil 1. die im letzten Jahr maßgebend gewesenen Pauschsätze niedriger waren, als die für das laufende Jahr gesetzlich zugrundezulegenden Ursteuern (bezahlte Staatssteuer) und 2. der Steuersatz für die Landeskirchensteuer mit 10 Proz. der Ursteuer gleichgeblieben ist.

III. Sinfoniekonzert des bad. Landestheaterorchesters. Edwin Fischer, einer der bedeutendsten und universellsten Pianisten der Gegenwart, ist Solist im nächsten (dritten) **Sinfoniekonzert.** Da der Schweizer Künstler besonders als Beethovenspieler überall ungewöhnliche Erfolge erzielt, darf man seiner Wiedergabe des **Es-Dur-Klavierkonzertes** mit umso größerer Spannung entgegensehen. Die Vortragsfolge beginnt mit einer seltsamen Erstaufführung von **K. M. von Weber,** dem Schöpfer des Freischütz, es wird erstmals eine **Sinfonie in C-Dur** gespielt. Es ist ein Jugendwerk ebenso wie die andere Sinfonie, die zur gleichen Zeit (1807) von Weber geschrieben wurde, aber gerade deshalb sehr interessant, weil Weber später sich überhaupt nie mehr mit sinfonischen Arbeiten beschäftigt hat. Die zweite Hälfte des Programms gehört der **Phantastischen Sinfonie** von **Hector Berlioz,** deren genial gesteigerte Klangwirkungen immer wieder aufs lebhafteste fesseln. Das für **Montag, den 14. November,** angesetzte Konzert (im Landestheater) steht unter der Leitung von Generalmusikdirektor **Josef Krips.**

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe. Baden hatte gestern meist wolkiges und kühles Wetter. In der Rheinebene lagen die Temperaturen durchschnittlich bei 4 Grad, im Gebirge bei 1 Grad. Südbaden hatte noch leichte Niederschläge, die in höheren Lagen als Schnee fielen. Die Schneehöhe beträgt heute morgen etwa 3 Zentimeter, auf dem Feldberg 8 Zentimeter. Nachts sanken die Temperaturen in der Ebene vielfach unter den Nullpunkt. Heute fällt auch in tieferen Lagen leichter Schnee. Die Kälteluft, die nunmehr ganz Europa überflutet hat, bewirkt allgemein Druckanstieg. Insbesondere füllt der Wirbel über der Nordsee sich mangels Warmluftzufuhr langsam auf. Die direkte Zufuhr polarer Luft ist seit gestern durch ein nördlich Island nach dem Eismeer ziehendes Tief abgeschnitten. Dafür fließt jetzt Luft aus dem Kältepol über Nordskandinavien (Temperaturen unter 20 Grad Kälte!) nach Süden ab, so daß wir in den nächsten Tagen vorwiegend trockene Kälte zu erwarten haben. **Voraussichtl. Witterung** für 12. Nov.: Wechselnd wolkig mit Aufheiterungen, meist trocken und kalt, im Gebirge noch leichter Schneefall bei Frosttemperaturen.

Verschiedenes

Überschwemmungen

WTB. **Trier,** 11. Nov. (Tel.) Die **Mosel** hat heute früh 6 Uhr einen Stand von 6,74 Meter erreicht. Sie steigt jedoch nur noch 3 Zentimeter in der Stunde, so daß eine unmittelbare Hochwassergefahr nicht mehr vorhanden sein dürfte. Die Moselkleinbahn Trier-Bullay hat zwischen Berncastl und Zeltingen infolge des Hochwassers ihren Betrieb einstellen müssen.

WTB. **Koblenz,** 11. Nov. (Tel.) Vom Oberrhein wird ein ziemlich **starkes Steigen des Wassers** berichtet, während die Saar und die Nahe fallen. Der Main wächst noch, dagegen fällt der Neckar in seinem Oberlauf. Für Koblenz rechnet man mit einem Pegelstand von etwa 5 Meter. Die Floßschiffahrt ist eingestellt. Eine Hochwassergefahr besteht noch nicht.

WTB. **Rom,** 11. Nov. (Tel.) Aus Südtirol werden **große Überschwemmungen** gemeldet. An verschiedenen Stellen ist die Nationalstraße durch das Wasser gesperrt. Im Gebiet von Terlan sind die Bahndämme zum Teil überschwemmt. — Große Unwetterschäden werden auch aus Norditalien gemeldet. An der ganzen Küste von Ligurien herrscht ein gewaltiger Sturm. In der Umgebung von Parma wurden gestern abend Erdbeben verspürt.

Erdstöße, Unwetter und Schneefall in der Steiermark

WTB. **Graz,** 11. Nov. (Tel.) Gestern 9.37 Uhr, wurden in **Nordsteiermark** zwei **Erdstöße** in Richtung Nord-Süd verspürt. Schaden ist nicht angerichtet worden. Am Abend ging über die Stadt ein heftiges Gewitter mit Hagel nieder. Heute früh ist dichter Schneefall eingetreten.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Kurze Nachrichten aus Baden

DZ. **Boxberg**, 11. Nov. Auf dem Seehof brach in der Nacht zum Donnerstag in einer großen **Vorratsscheuer Feuer** aus; trotz des tatkräftigen Eingreifens der Feuerwehren der Nachbarschaft konnte das Gebäude nicht mehr gerettet werden. Das untergebrachte Getreide wie auch große Kartoffelvorräte sind dem verheerenden Element gleichfalls zum Opfer gefallen. Man schätzt den Gesamtschaden auf 60 bis 70 000 *RM*.

DZ. **Tauberbischofsheim**, 11. Nov. Donnerstag vormittag halb 11 Uhr betrug der Pegelstand an der hiesigen **Tauberbrücke** 3,10 Meter. Die normale Wasserhöhe ist dreiviertel Meter. Das Hochwasser hat damit die Höhe von 1924 bereits überschritten. Bei Impfingen-Hochhausen und bei Lauda sind weite Strecken überschwemmt, die Brücken nicht passierbar. Inzwischen wird wieder ein Sinken des Wassers gemeldet.

bld. **Freiburg**, 11. Nov. Am heutigen Tage feiert Kommerzienrat **Otto Hüglin** seinen **70. Geburtstag**. Der Jubilar hat sich große Verdienste um die Ausgestaltnug des Kurortes St. Blasien erworben. In Anerkennung seiner Verdienste wurde ihm das Ehrenbürgerrecht verliehen und der ehemalige Großherzog ernannte ihn zum Kommerzienrat. Hüglin erbaute das Friedrichshaus, die Lungenheilanstalt Wehrawald bei Todtmoos, das Kurhaus Höhenschwandt und in St. Remo das Kurhaus „Bellevue".

bld. **Triberg**, 10. Nov. Im Schwarzwald ist in den Morgenstunden unerwartet, nachdem gestern nachmittag und den ganzen abend über wolkenbruchartige schwere Regengüsse niedergegangen sind, eine scharfe **Abkühlung** mit Temperatursenkung eingetreten. Bei 3 Grad Kälte ist der Regen in anhaltende **Schneefälle** übergegangen, die sich bis auf Lagen von 700 Metern herunter ausdehnen.

Badisches Landestheater

Spielplan vom 12. bis 22. November 1927

a) Im Landestheater:

Samstag, 12. Nov. ✶ G 8. Th.-Gem. 3. SGr. (1. Hälfte) **Die Braut von Messina.** Tragödie von Schiller. 8—10¼ (5.—).

Sonntag, 13. Nov. Nachmittags: **Spiel im Schloß.** Anekdote von Molnar. 3—5¾ (3.—).
Abends: ✶ E 8. Th.-Gem. 501—600. Neueinstudiert: **Samson und Dalila.** Oper von Saint-Saëns. 7½—10 (8.—).

Montag, 14. Nov. Th.-Gem. 101—300. **3. Sinfoniekonzert.** Solist: Edwin Fischer. 8—10 (4.—).

Dienstag, 15. Nov. Volksbühne 2. **Florian Geyer.** Tragödie des Bauernkrieges von Hauptmann. Plätze aller Platzgattungen sind für den allgemeinen Verkauf freigehalten. 7½ bis g. 10½ (5.—).

Mittwoch, 16. Nov. ✶ A 9. Th.-Gem. 201—300 und 401—500. **Der Diktator**, von Jules Romains. 8 bis geg. 10½ (5.—).

Donnerstag, 17. Nov. ✶ D 10. Donnerstagsmiete. Th.-Gem. 701—800. **Zwölftausend.** Schauspiel von Bruno Frank. 8 bis geg. 10 (5.—).

Freitag, 18. Nov. ✶ F. 10 (Freitagmiete). Th.-Gem. II. S.Gr. **Boris Godunow.** Musikalisches Volksdrama von Mussorgsky. 7½ bis geg. 10½ (8.—).

Samstag, 19. Nov. ✶ Nachmittags: **Lustiger Kinder-Nachmittag**, von Marta Ferber (Berlin). **Hans Huckebein — Fips der Affe.** Ferner Märchen von Grimm, Andersen, Storm. 3 bis geg. 5 (2.—).
Abends: ✶ B 9. Th.-Gem. 301—400. Volksbühne S.Gr. Zum erstenmal: **Prometheus.** Heroische Tanzszene von Max Terpis, Musik von Hubert Patáky. Hierauf: Zu Schuberts Gedächtnis. Zum erstenmal: **Die Jahreszeiten der Liebe.** Tanzspiel in vier Bildern, von Heinrich Regel. Neubearbeitet von Edith Bielefeld. Musik von Franz Schubert (bearbeitet von Julius Lehnert). 8 bis geg. 10 (7.—).

Sonntag, 20. Nov. ✶ C 8. Th.-Gem. 601—700. **Tannhäuser oder der Sängerkrieg auf der Wartburg.** Romantische Oper von Richard Wagner. 6½— geg. 10¼ (8.—).

Montag, 21. Nov. ✶ Volksbühne 3. **Fra Diavola.** Komische Oper von Auber. 7½ bis 9¾ (7.—).
Der IV. Rang ist für den allgemeinen Verkauf freigehalten.

Dienstag, 22. Nov. ✶ G 9. Th.-Gem. 801—900. **Die Lästerschule.** Komische Oper von Paul von Klenau. 8 bis geg. 10¼ (7.—).

Vorankündigung: Donnerstag, 24. November: **Gastspiel Karsavina.**

b) Im Städt. Konzerthaus:

Sonntag, 13. Nov. ✶ Zum erstenmal: **Weekend.** Lustspiel von Coward. 7½—10 (4.—).

Sonntag, 20. Nov.: Keine Vorstellung.

Rundfunkstunde des Badischen Landestheaters

Freitag, 18. Nov., abends 6.15 Uhr: Dramaturgische Funkstunde.

Umtausch für Inhaber von Blockheften Samstag nachmittags 3½—5 Uhr.

Allgemeiner Vorverkauf und weiterer Umtausch ab Montag vormittags.

Kartenvorverkauf: Vorverkaufskasse des Badischen Landestheaters, Tel. 6288. In der Stadt: Hauptverkaufsstellen: Musikalienhandlung Fritz Müller, Ecke Kaiser- und Waldstraße, Tel. 388 und Reisebüro Hermann Meyle, Kaiserstraße 141, Tel. 450. Weitere Verkaufsstellen: Zigarrenhandlung Fr. Brunnert, Kaiserallee 29, Tel. 4351 und Kaufmann Karl Holzschuh, Werderplatz 48, Tel. 503.

Badische Lichtspiele

KONZERTHAUS

Samstag, den 12., Montag, den 14. und Mittwoch, den 16. November jeweils abends 8¼ Uhr
Samstag und Mittwoch auch 4 Uhr nachmittags
Sonntag, 13. November, **nur 4 Uhr** nachmittags

Nibelungen II.

Kriemhilds Rache

mit Original-Musik von Huppertz, ausgeführt von der Polizeikapelle unter persönlicher Leitung des Herrn Obermusikmeisters Heisig

Kartenvorverkauf: Musikhaus Fritz Müller, Kaiserstraße, und Büro, Beiertheimer Allee 10

Preise und Ermäßigungen wie üblich

G.881

Bücher sind Freunde Bücher sind Gefährten

Weinhaus Just

Zum goldenen Ochsen

Telephon 4259 KARLSRUHE Kaiserstraße 91

Eröffnungs-Feier

Freitag, 11. November, abends 6 Uhr
in den
künstlerisch neuausgestatteten Räumen
Erstklassiges Künstler-Konzert

Zum Ausschank kommen nur Ia deutsche u. spanische Weine
Eine vorzügliche Küche liefert Speisen in reicher Auswahl

Um geneigten Zuspruch bittet der Besitzer
Emilio Just
spanischer Weingutsbesitzer

G.877

TEILZAHLUNG

Oberhemden
Kragen
Krawatten,
Selbstbinder
Schlafanzüge
Hüte
Mützen
Zylinder
Sportstrümpfe
Stutzen
Unterwäsche
(sämtliche Trikotagen)

Auswahl wie in jedem Spezialgeschäft

Deutsche Bekleidungsgesellschaft m. b. H.

Kronenstr. 40 KARLSRUHE Ecke Markgrafenstr.

G.882

Für nur 50 ₰. bei der
BAD. WOHLTÄTIGKEITS GELDLOTTERIE
4000 M. ZU GEWINNEN, ZUS. 10000
1 L. 50 ₰ 11 L. 5 M — PORTO U. LISTE 30 ₰
ZIEHUNG SICHER 22. NOVEMBER
SOFORTIGER GEWINNENTSCHEID! 1 L. ZU 50 ₰ 11 L. 5 M. U. 1 L. ZU 1 M 11 L. 10 M PORTO 20 ₰
EMPFIEHLT: Stürmer
MANNHEIM: O7.11
POSTSCH. 17043 K'RUHE
U. ALLE LOSGESCHÄFTE
Hier bei: Lotterie-Einnehmer Zwerg und Maier, Kern, Weil.

Reformhaus
O. HANISCH
Reformartikel aller Art
KARLSRUHE i. B.
Kaiserstr. 32 - Telefon 876
G 680

Badisches Landestheater

Samstag, 12. Novemb. 1927
*G 8 Th.-Gem. 3. S.-Gr. (1. Hälfte)

Die Braut von Messina

von Schiller

In Szene gesetzt von Dr. Hans Waag

Isabella	Ermarth
Manuel	Hierl
Cesar	Leitgeb
Beatrice	Bertram
Cajetan	Schulze
Berengar	Herz
Manfred	v. d. Trenck
Bohemund	Dahlen
Roger	Kloeble
Hipolyt	Gemmecke
Diego	Höcker
Boten	Graf, Prüter

Anfang 8 Ende 10¼
I. Rang und I. Sperrsitz 5 *RM*

Sonntag 13. Novemb.: Nachmittags: **Spiel im Schloß.** Abends: Neu einstudiert: **Samson und Dalila.** Im Konzerth.: Zum erstenmal: **Weekend.**

Mo. 14. Nov.: **3. Sinfonie-Konzert**

Bekanntmachung.

Die Wahlen der Vertrauensmänner und Ersatzmänner zur Angestelltenversicherung.

Die Bekanntmachung vom 7. November 1927 wird wie folgt berichtigt:
Hinter Lit. D: Liste des Deutschen Werkmeisterverbandes Düsseldorf ist einzufügen: „(Afa)".
Unter Lit. G: Technikerliste (Afa) ist als O.-Z. 12 anzufügen: „Karl Fischer, Maschineningenieur, Karlsruhe, Durlacherstr. 17."

Karlsruhe, den 10. November 1927. O.-Z. 187
Badisches Bezirksamt — Versicherungsamt.
Der Wahlleiter:
Murmann, Regierungsrat.

Detektiv-Institut u. Privat-Auskunftei „Argus" Mannheim O. 6. 6 Planken Selbstanschluß 33305
A. Maier & Co., G.m.b.H.
G567

Eisu-Metall-Betten
Stahlmatratz., Kinderbetten günstig an Private. Kat. frei
Eisenmöbelfabrik Suhl (Thür.)

Stadt Pforzheim.

Barabfindung der Altbesitzer von Inhaber-anleihe-Kleinbeträgen.

Die Stadt Pforzheim hat beschlossen, den Altbesitzern von Inhaberanleihen der Stadt Pforzheim, deren Stücke insgesamt einen Goldwert von weniger als 500 *RM* darstellen, auf Antrag ohne Nachweis der Bedürftigkeit einen Barabfindungsbetrag von 20 v. H. des Goldwertes der Schuldverschreibungen zu gewähren. Ein Rechtsanspruch auf diese Barabfindung besteht nicht. G. 879

Der Antrag ist unter genauer Angabe des Namens, Standes und der Wohnung, gegebenenfalls auch des Bank- oder Postscheckkontos und unter Beifügung der Mäntel, Zinsscheinbogen einschl. Erneuerungsscheinen und der Altbesitznachweise **spätestens 1. Februar 1928** bei der **Stadtkasse Pforzheim** einzureichen. Der Antragsteller hat ferner zu erklären, daß er keine weiteren Anleihestücke der Stadt Pforzheim mehr besitzt und auch nicht schon zum Umtausch in Ablösungsanleihe angemeldet hat.

Die Zusendung oder unmittelbare Auszahlung des Abfindungsbetrages erfolgt durch die Stadtkasse kostenlos.

Für sogenannte Spitzenbeträge wird keine Barabfindung gewährt.

Pforzheim, den 10. November 1927.
Der Oberbürgermeister.

Rechnungsbeamten-Stelle.

Beim **Katholischen Oberstiftungsrat** ist die planmäßige Stelle eines **Rechnungsbeamten** (Gruppe VII mit Aussicht auf baldiges Aufrücken nach VIII) alsbald zu besetzen. Katholische Bewerber mit Prüfung für den mittleren gehobenen Finanzverwaltungsdienst wollen sich alsbald schriftlich melden. G. 880

Straßensperre.

Nachstehende Straßenstrecken des Amtsbezirks Karlsruhe sollen in der beigesetzten Zeit mit einer neuen Walzdecke versehen werden: L.883

1. Landstraße Nr. 1, Frankfurt—Basel, km 9,355 bis 10,070, d. i. in Weingarten vom 9. bis 17. November.
2. Kreisstraße Nr. 9, Jöhlingen — Leopoldshafen, km 4,625 bis 5,500, d. i. in Weingarten vom 17. bis 25. November.
3. Kreisweg Nr. 1, Gemarkung Rußheim gegen Huttenheim vom 10. bis 14. November.
4. Derselbe, Gemarkung Rußheim gegen Graben vom 15. bis 17. November.
5. Kreisstraße Nr. 11, Linkenheim—Rußheim, km 7,700 bis 8,430, d. i. bei Rußheim vom 17. bis 21. November.
6. Kreisweg Nr. 2, Gemarkung Liedolsheim, gegen Dettenheim vom 21. bis 24. November.

Über die Dauer der Ausführung der Walzarbeiten wird der Fuhrwerksverkehr auf obigen Straßen folgenden Beschränkungen unterworfen:

Auf den unter O.-Z. 1, 2, 5 und 6 genannten Strecken haben sämtliche Fuhrwerke auf der Walzdecke im Schritt (Kraftfahrzeuge mit 6 km Stundengeschwindigkeit) zu fahren und dabei diejenige Straßenseite zu benützen, die ihnen vom Walzmeister oder dessen Stellvertreter bezeichnet wird. Lastwagen mit mehr als 9 Tonnen Gesamtgewicht dürfen nur abends nach 6 Uhr und morgens vor 7 Uhr die Walzstrecke durchfahren. Scheue Zugtiere sind in der Nähe der Dampfwalze am Zaum zu führen.

Auf den übrigen Strecken ist der Verkehr nur morgens vor 7 Uhr und abends nach 6 Uhr gestattet. Zulässige Geschwindigkeit wie oben.

Umgehungswege:

Bei O.-Z. 3, Rußheim—Graben—Neudorf—Huttenheim.

Bei O.-Z. 4, Rußheim—Liedolsheim—Graben.

Zuwiderhandlungen werden gemäß § 121 PolStrGB. mit Geld oder mit Haft bis zu 14 Tagen bestraft.

Karlsruhe, den 8. November 1927. O.-Z. 135
Bad. Bezirksamt, Abt. IV.

Nehmt Musikunterricht
bei der Musiklehrerschaft des Deutschen Musikerverbandes
Lehreradressen erhältlich in den Musikalienhandlungen 280

COLOSSEUM
Waldstraße 16
Telephon 5599
Täglich abends 8 Uhr
Die lachende Revue
Freut euch des Lebens!
846

Druck G. Braun, Karlsruhe

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg